

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten. Dies Blatt erhält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten. Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage. Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernspr. Nr. 22.

Bezugspreise: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit vom 1. bis 30. April: Frei ins Haus halbmöndlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 60 Pfg., Einzelnummer 15 Pfg. — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsverleger und die Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postkassenkonten: Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgroßkassa Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verlegeranstaltungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Verzinsung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Goldmark): Die 48 mm breite einseitige Grundzeile 20 Pfg., drittelzeile 15 Pfg., die 60 mm breite Reklamzeile (im Textteil) 50 Pfg. Zahlung in Papiermark zum amtlichen Briefkurs vom Zahlungstag, jedoch nicht niedriger als zum Kurs vom Tage der Rechnung. — Rabatt nach Tarif. Für Sammelanzeigen tarifar. Zuschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 93.

Mittwoch, den 22. April 1925.

80. Jahrgang

Tageschau.

- Die Rede Hindenburgs bei dem Empfang in Hannover hat in England und Amerika den besten Eindruck hervorgerufen. Die englische und amerikanische Presse besprechen die Rede in anerkennender Form.
 - Montag nachmittag 4 Uhr ist der frühere Reichspostminister Dr. Höffe im St. Hedwigs-Krankenhaus in Berlin gestorben.
 - Die Untersuchung gegen Iwan Boruch Kuslizer nimmt größeren Umfang an. Der wieder aus der Haft entlassene Direktor Feld ist aufs neue verhaftet worden.
 - Nach Meldungen aus Sofia finden in verschiedenen Teilen Bulgariens noch heftige Kämpfe zwischen den Reglertruppen und den Kommunisten statt.
- Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

Die außenpolitische Lage.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Berlin, 21. April. Während sich die Parteien ausschließlich dem Wahlkampf um die Präsidentschaftskandidatur widmen, verfolgt man in den Berliner Regierungskreisen mit Aufmerksamkeit die Entwicklung der außenpolitischen Lage, die nach der Präsidentschaftswahl wieder in ein akutes Stadium eintreten wird. Im Zusammenhang mit dem Regierungswechsel in Frankreich werden voraussichtlich noch in dieser Woche die englisch-französischen Verhandlungen über die Räumungs- und Sicherheitsfrage sowie über den Bericht der Militärkontrollkommission wieder aufgenommen werden. Es besteht sogar die Möglichkeit, daß bei dieser Gelegenheit auch die deutsche Diplomatie in den alliierten Ländern wieder Gelegenheit finden wird, den abgerissenen Fäden der Diskussion über das deutsche Sicherheitsangebot von neuem anzuknüpfen. In den Kreisen des Berliner Auswärtigen Amtes verläutet, daß man wahrscheinlich schon im Mai mit Verhandlungen zu rechnen haben werde.

Neuerdings ist übrigens bei den außenpolitischen Verhandlungen ein neues Problem aufgetaucht: die Luftfahrtsfrage. Von alliierter Seite wird nämlich im Zusammenhang mit dem Bericht der Militärkontrollkommission behauptet, daß Deutschland ausgedehnte Geheimrüstungen für den Luftkrieg betreibt. Aus dieser Sachlage könnten sich weitere Schwierigkeiten bei den gegenwärtig stattfindenden Verhandlungen über den Luftverkehr ergeben, da bekanntlich Deutschland unter keinen Umständen eine Luftverkehrsunion mit anderen Mächten abschließen will, wenn ihm nicht seine volle Luftverkehrsfreiheit zugestanden wird. Deutschland fühlt sich durch die Forderungen der Alliierten wirtschaftlich stark bedroht, denn eine weitere Beschränkung des deutschen Luftzeugbaues würde die deutsche Wirtschaftskraft auch für die Zukunft außerordentlich schwächen müssen. Die außenpolitische Lage hat sich daher eher etwas verschlechtert, als man es vor der Anberaumung der Reichspräsidentenwahl hätte voraussehen können.

Der deutsche Botschafter in London, Dr. Sthamer, hat übrigens, wie wir erfahren, der Reichsregierung vor einigen Tagen berichtet, daß die englische Regierung an ihrem Standpunkt festhält, wonach Deutschland seine Anregungen in der Sicherheitsfrage ergänzen beziehungsweise abändern müsse. Dadurch drängt sich auch die Frage zur Entscheidung, ob die Reichsregierung in der Lage sein würde, ihren früheren Anregungen irgendetwas hinzuzufügen oder von der bisher geduldeten Auffassung abzugeben. Wie die Dinge gegenwärtig liegen, ist kaum anzunehmen, daß die Reichsregierung in ihrem Angebot weitere Zugeständnisse machen können, als sie es trotz schwerster Bedenken schließlich bei den ersten Vorschlägen getan hat. Was die Frage der Röhler Zone anbetrifft, so wird die Reichsregierung bei den bevorstehenden Verhandlungen mit allem Nachdruck darauf bestehen, daß die Regelung dieser Frage nicht durch die Diskussion über das Sicherheitsproblem in den Hintergrund gedrängt werden darf. Seit dem 15. Januar sind nunmehr über drei Monate vergangen, und es ist noch garnicht abzusehen, wie lange der gegenwärtige Zustand der Verlängerung der Beilegung andauern wird.

London, 21. April. (Draht.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erzählt, daß der Reichsgenerallstab mit der Prüfung des in der Frage der deutschen Rüstungen von Foch und dem Berliner Militärkomitee in ihrem Bericht über die Militärkontrolle erzielten Beschlüsse

beschäftigt sei. In keinem Falle werde eine hierauf bezügliche Veröffentlichung erfolgen oder in Berlin eine alliierte Note überreicht werden, bevor die deutschen Präsidentschaftswahlen stattgefunden hätten. Aus Paris stammende Gerüchte ließen auf die Möglichkeit schließen, daß die neue französische Regierung versuchen werde, die Reichweite des Paktes zu vergrößern. Der Berichterstatter ist der Ansicht, die Beteiligung Dänemarks stehe dabei außerhalb der praktischen Politik.

Republikaner für Hindenburg!

Der ehemalige sozialdemokratische thüringische Polizeioberst Müller-Brandenburg, der sein Republikanertum nie verleugnet hat, wendet sich mit nachfolgendem Aufruf an die nationaldenkenden Republikaner mit der Aufforderung, den Feldmarschall von Hindenburg als Reichspräsidenten zu wählen.

Die weimarsche Koalition hat als Kandidaten für den zweiten Wahlgang den Zentrumsabgeordneten Reichstanzler a. D. Marx aufgestellt und behauptet, daß jeder Republikaner verpflichtet sei, Herrn Marx seine Stimme zu geben. Marx bedeute — so sagt sie — Sicherung der Republik, Sicherung des Wiederaufstiegs der Nation, Sicherung des Friedens. Diesen Behauptungen muß schärfster Widerspruch entgegengebracht werden.

Die Wahl des Herrn Marx zum Reichspräsidenten bedeutet ganz etwas anderes. Sie bedeutet:

1. Aufrechterhaltung der die Nation zersetzenden internationalen Einflüsse in der Führung der Reichsgeschäfte.
2. Aufrechterhaltung der die Nation moralisch immer mehr korrumpierenden Parteiherrschaft.
3. Aufrechterhaltung der Klemmentorruption, wie sie die Fälle der Loeb-Thüringen, Runge-Thüringen, Zeigner-Sachsen, Barmat-Kutischer-Bauer-Hellmann-Preußen, Höffe-Reich in so erschreckender Weise offenbart haben.
4. Weitere Zerstörung der Staatsgewalt zugunsten der Herrschaft der Parteinäpfe, die es bereits dahin gebracht haben, daß wir an Stelle des Staats eine „G. m. b. H. zur Auswertung von Parteinteressen“ haben, wie die Vorgänge der Jahre 1923/25 in unwiderleglicher Weise zeigen. Denkt nur an den Ruhhandel in Preußen!
5. Die Unmöglichkeit, als Nation zu gedeihen, als Nation wieder frei zu werden, den deutschen Brüdern außerhalb der heutigen Reichsgrenzen die Aussicht zu geben, sich mit dem Reich zu vereinigen.

Man hat gegen den verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert den Vorwurf erhoben, er habe sich nicht genügend vor dem Einfluß der S. P. D. — seiner Partei — als Präsident freizuhalten verstanden. Nun, Friedrich Ebert ist eine solche Puppe in den Händen seiner Partei gewesen, wie Marx sich als Schachfigur seiner Partei in den letzten Monaten offenbart hat. Was die Zentrumspartei Herrn Marx bieten konnte, hätte die S. P. D. Herrn Ebert nie bieten dürfen!

Und diesem Marx, der sich als so völlig willkürliches Werkzeug seiner Parteinäpfe offenbarte, sollen wir als aufrechte Männer, als Menschen von Rückgrat, unsere Stimme geben?

Diese Zumutung muß mit Entschiedenheit abgewiesen werden. Dies um so mehr, als Herr Marx von der weimarschen Koalition nur deshalb präsentiert wird, weil Zentrum und Demokraten dafür in Preußen dem SPD-Funktionär Braun den Ministerpräsidentensitz ausgeliefert haben. Brauner kann Ministerpräsident in Deutschland nicht mehr herausgestellt werden, deutscher kann nicht gezeigt werden, daß wir keinen republikanischen Staat, sondern eine Parteinäpfe-Republik haben. Die Aufrechterhaltung dieser Parteinäpfe-Republik bedeutet aber die Vernichtung der Nation! Soll die Nation leben, muß der republikanische Staat entstehen!

Es geht nicht um Republik oder Monarchie. Das hat niemand klarer erkannt als Hindenburg. Es geht um das Leben der Nation! Weil Hindenburg das erkannt hat, stellt er sich zur Verfügung. Er will helfen, die Nation zu retten. Dürfen wir nationalen Republikaner da ihm die Hilfe verweigern, weil er für seine Person Monarchist ist? Nein, denn über jeder Staatsform steht die Nation!

Deshalb wählt Hindenburg!

Oh, schreien die Parteinäpfe und Parteinäpfe-Meister der Linken, die ihre Parteinäpfe bedroht fühlen. Hindenburg bedeutet Knechtschaft der Massen. Laßt die Bonzen toben. Sie überleben, weil sie ihre Pfände bedroht fühlen! Hindenburgs Osterbotschaft sagt klipp und klar, was er als Reichspräsident will. Wer den alten, großen Mann kennt, weiß, daß er der Heuchelei nicht fähig ist, daß er alles daransetzt, wahr zu machen, was er verspricht.

Was aber will Hindenburg? Er will ohne Ansehen der Partei, der Person, der Herkunft und des Berufes als

Reichspräsident seines Amtes walten, er will der Nation, nicht den Parteien helfen. Er lehnt den Krieg ab, er lehnt den Aufruhr im Innern ab. Er will die Reinheit des öffentlichen Lebens wiederherstellen. Er will der Präsidentschaft der deutschen Republik auf dem Boden der Verfassung sein.

Ist dies nicht ein Wollen, das jedes wahren Deutschen Hilfe finden muß? Ist das nicht gerade alles das, was wir brauchen? Ja, und nochmals ja, nichts ist notwendiger denn dieses! Nichts notwendiger, als der erbitterte Kampf gegen die „G. m. b. H. zur Auswertung von Parteinteressen“, nichts notwendiger, als Erlaß der Parteienrepublik durch den starken, nationalen Staat. Nicht die Staatsform entscheidet, sondern der Staatssinnhalt Geist, Haltung und Tat sind das Ausschlaggebende. Was wir heute an Geist, Haltung und Tat im Staatsleben sehen, das ist der Geist u. die Haltung des Parteigeschäftes, des Klemmentorschers zugunsten der Parteinäpfe und zu persönlichem Vorteil, die Ausschöpfung der Staatsgewalt im Interesse der Parteinäpfe. Als logische Folge: staatliche Knochenverweichung, die sich innen- und außerpolitisch auswirkt!

Deutsche Republikaner! Es geht um die Zukunft der Nation, es geht um die Frage: Soll die G. m. b. H. zur Auswertung von Parteinteressen bleiben oder soll der starke nationale Staat entstehen, der alle guten und tüchtigen Kräfte der Nation zu ihrem Wiederaufstieg zusammenfaßt. Das und nichts anderes ist die Frage. Das Volk, die Nation kann nicht gedeihen, solange der Staat der Spielball geschäftemachender, geschäfteshungriger, machtgieriger Parteinäpfe ist. Die G. m. b. H. zur Auswertung von Parteinteressen muß verschwinden, soll die Nation leben.

Deshalb wählt Hindenburg!

Die württembergischen Demokraten gegen Marx.

Die führende demokratische Zeitung Württembergs, das „Stuttgarter Neue Tageblatt“, stellt zur Kandidatur Marx u. a. folgende Betrachtungen an:

„Es lastet eben auf der Kandidatur Marx doch zu viel für die Mitglieder der (demokratischen) Partei, als daß sie mit innerer Anteilnahme und ohne Vorbehalt für sie eintreten könnten. Schon, um dies vorweg zu nehmen, die Vorgeschichte. Es steht doch fest, daß gerade die Partei, der Marx seine Nominierung in erster Linie verdankt, daß die Sozialdemokratie es in erster Linie gewesen ist, die das auf die Sammlung des ganzen deutschen Volkes, um eine Reichseinheitskandidatur gerichtete Streben der Deutschdemokratischen Partei sabotiert und zerschlagen hat. Schon im Vorbereitungsstadium des ersten Wahlganges, in dem sie allen Verhandlungen voran ihre Kandidatur Braun einseitig aufstellte und dadurch von vornherein die Zerpfaltung unter dem obigen Schlagwort Bürgerblock — Antibürgerblock in die Volkseinheit hineintrug. Und dann wieder sofort nach dem 29. März in dem faktischen Pattieren mit dem Zentrum unter der Parole: Der Reichspräsident euch und eurem Marx wenn ihr den preussischen Ministerpräsidenten unserem Braun bewilligt. Bis hin zu dem in letzter Stunde noch einmal wiederholten Versuch Dr. Luthers zur Zusammenfassung aller in einer Reichseinheitskandidatur Dr. Simons, der geschichtsmotivisch von dem sozialdemokratischen Delegierten Wels in geradezu brüster Weise, und zwar bei einer nach dem Bericht von Augenzeugen sehr eigenartigen Besprechung zerschlagen wurde. Und das alles für den objektiven Beobachter doch ganz offensichtlich in der Absicht, um die Plattform zu gewinnen für das in der Koalition Marx-Braun Zentrum-Sozialdemokratie verwirklichte Geschäftsabkommen über Reichspräsidentschaft und preussische Ministerpräsidentenschaft, — das man schließlich nur mit „Ruhhandel“ beim rechten Namen nennt. Nun aber soll die Deutsche Demokratische Partei autigst den Schleppenträger dieser beiden Verbündeten spielen und sich für sie aufreiben und die Wahlkosten tragen dürfen? ... Es war eine tiefe Resignation, in der die Deutsche Demokratische Partei Württembergs sich entschloß, die Parole für die Wahl Marx auszugeben; die Resignation darüber, daß es den deutschen Parteien auch jetzt wieder, selbst dieser großen Aufgabe gegenüber — nicht möglich gewesen sei in innerer Erhebung und Sammlung alle Engstirnigkeiten zu Boden zu werfen und den großen Wurf nach einer Reichseinheitskandidatur für die Reichspräsidentenwürde zu tun, daß sie sich vielmehr so einseitig in ihre engsten Parteinteressen verrannt hatten, bis sie sich selbst nicht mehr aus deren Verstrickungen befreien konnten.“

Die „Kölnische Zeitung“ berichtet, daß die Entschließung des Landesauschusses der Demokratischen Partei Württem-